



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verbesserung der Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2018/2019

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3466**

Der Landtag wolle beschließen:

Weitere Maßnahmen zur Absicherung der Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2018/2019

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. die im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung verankerte Zielmarke von 14.500 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) für das Lehrpersonal im Bereich der allgemeinbildenden Schulen über Ausschreibungen bereits zum Jahresbeginn 2019 zu erreichen.
2. alle Anstrengungen zu unternehmen, bereitgestellte Vollzeitäquivalente für Lehrpersonal im Bereich der allgemeinbildenden Schulen auszuschöpfen. Dabei sind folgende Maßnahmen umzusetzen:
 - a) Für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst mit 2. Staatsexamen oder jene kurz vor dem Abschluss, ist eine gesonderte Ausschreibung vorzunehmen, um deren Chancen auf Einstellung in den Landesdienst zu steigern und das Arbeitsvermögen der vom Land eigens ausgebildeten Nachwuchskräfte effektiver zu nutzen.
 - b) Die Zeiträume zwischen den Ausschreibungsrunden für regionalisierte Ausschreibungen zu nutzen.
 - c) Den Versuch zu unternehmen, die Teilzeitquote von Lehrkräften zu senken, indem bei Lehrkräften dafür geworben wird, aus der Teilzeit in Vollzeitbeschäftigung zu wechseln.

3. Die Besetzung der Stellen mit Lehrpersonal ist dabei nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ abzusichern. Die weiterhin hohen Einstellungsbedarfe dürfen nicht dazu führen, beim Anwerben von potentiellen Bewerbern die Einstellungskriterien und damit die Standards für guten Unterricht weiter zu senken. Jede weitere Flexibilisierung von Einstellungskriterien bedarf einer intensiven Abwägung.
4. Den Aufwuchs von mehr als 300 VZÄ im Haushalt für das Jahr 2019 an pädagogischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zügig umzusetzen.
5. Anstatt die Dienstbefreiung als einzige Kompensationsmöglichkeit für Mehrarbeit anzubieten, ein Vergütungsmodell für Überstunden von Lehrkräften einzuführen, um bestehendes Arbeitsvermögen von Landesbediensteten im Schulbereich effektiver zu nutzen. Es ist dabei zu prüfen, ob die Wahl zwischen Dienstbefreiung und Vergütung möglich ist. Ein Konzept soll bis zum I. Quartal 2019 dem Ausschuss für Bildung und Kultur vorgelegt werden.
6. Im Februar 2019 über die Ergebnisse der Ausschreibungsverfahren im Jahr 2018 zu berichten und einen Ausblick auf die geplanten Ausschreibungen für 2019 zu geben. In diesem Bericht sollen u. a. über
 - a) die vorgenommenen Öffnungen in den Ausschreibungen,
 - b) die Möglichkeiten der Ausschreibungen über das Onlineportal,
 - c) Bewerbungsverfahren für die LiV sowie die Seiteneinsteiger und
 - d) über den Stand der geplanten Werbekampagne Auskunft gegeben werden.

Begründung

Es ist festzuhalten, dass die haushalterischen Voraussetzungen für eine angemessene Unterrichtsversorgung für das Haushaltsjahr 2018 getroffen wurden. Für das Haushaltsjahr 2019 wird in Aussicht gestellt, dass das VZÄ-Ziel für Lehrkräfte im Bereich der ABS und der BBS sowie für pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen weiter beträchtlich steigt.

Jedoch steht dieser theoretisch auskömmlichen Situation ein Arbeitsmarkt für Lehrkräfte und jährlich hohe Abgangszahlen aus Altersgründen gegenüber, welche die völlige Ausschöpfung der VZÄ-Ziele zu einer großen Herausforderung macht. Zudem wirken sich die eigentlich erfreulich hohen Zahlen von Mutterschutz und Elternzeit des Lehrpersonals und die stabil hohen Zahlen an krankheitsbedingten Dauerunterbrechern negativ auf die Unterrichtsversorgung aus.

In dieser Situation ist es die Aufgabe der Landesregierung, die Einstellung von Lehrkräften zu einem prioritären Projekt zu machen. Das Einstellungsverfahren wurde durch das Ministerium für Bildung beschleunigt und digitalisiert. Die Einstellungskriterien für Lehrkräfte und auch für Seiteneinsteiger wurden flexibilisiert, sodass sich eine viel größere Gruppe an potentiellen Kandidaten und Kandidatinnen für den Schul-

dienst des Landes bewerben kann. Zudem wurden Anreizsysteme entwickelt, welche den Eintritt in den Schuldienst attraktiver machten. Die Optimierung dieser Verfahren muss mit Augenmaß weiterentwickelt werden. Eine zu starke Senkung von Einstellungskriterien gefährdet langfristig die Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Unterrichts. Hier gilt es, punktuell nachzusteuern.

In einem nächsten Schritt sollte bestehendes, aber noch nicht vollkommen ausgeschöpftes Arbeitsvermögen im Schulbereich in den Fokus von Entscheidungen der Landesregierung genommen werden.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN